

# **Positionspapier der Bundesschülervertretung 2024/25**



# Positionspapier der Bundesschülervertretung 2024/25

## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die österreichische Bundesschülervertretung, sind die gesetzlich verankerte und überschulische Vertretung von allen 1,1 Millionen Schülerinnen und Schülern. Mitbestimmung im Bildungswesen ist uns ein großes Anliegen. Als Sprachrohr aller Schülerinnen und Schüler bieten wir jeder und jedem an, das Bildungssystem aktiv mitzugestalten. Dazu findet jährlich das österreichische SchülerInnenparlament statt. In den folgenden Forderungen befindet sich ein Überblick über wichtige Reformvorschläge für Österreichs Bildungslandschaft. Forderungen, die uns Schülerinnen und Schülern am Herzen liegen und unsere Zukunft bestimmen werden. Als Interessenvertretung ist es unser Ziel, alles für unser Bildungssystem zu geben und unsere Forderungen umzusetzen, damit unsere Schule Stück für Stück besser wird.

Mit freundlichen Grüßen,

Mira Langhammer Bundesschulsprecherin

# Partizipation

## Mehr Mitbestimmung der Bundesschülervertretung

Die Bundesschülervertretung vertritt alle Schülerinnen und Schüler Österreichs. Damit auch einen großen und wichtigen Bruchteil der österreichischen Bevölkerung. Gerade diese Personengruppe trägt unglaublich viel Entwicklungspotential und gleichzeitig die Zukunft von allen von uns mit sich. Um diese Entwicklung auf Vordermann zu bringen und wirklich zu nutzen, muss jede Stimme gehört werden.

Deshalb ist es wichtig, dass die BSV eine Stimme in Gremien, in denen bildungspolitische Entscheidungsprozesse stattfinden, bekommt, um nicht nur mitzureden, sondern auch aktiv mitbestimmen zu können. Nur so kann sichergestellt werden, dass Entscheidungen auch im Sinne der Schülerinnen und Schüler getroffen werden.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Die Einbindung der Bundesschülervertretung in Gremien, in denen bildungspolitische Entscheidungsprozesse stattfinden.

## Unabhängigkeit der Bundesschülervertretung

Uns ist es wichtig, dass wir als eigenes gesetzlich gewähltes Gremium einen Gestaltungsfreiraum haben, in dem wir aktiv und unabhängig an dem aktuellen System Schule arbeiten können. Dazu gehört die mediale Präsenz, wie die Webseite und Presseaussendungen.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Die Verfügung über einen eigenen, unabhängigen Gestaltungsfreiraum in den Bereichen Webseite, Presse und den sozialen Medien.

# Schulautonomie

Bundesministerium – Bildungsdirektion – Schulstandort. Für die einzelne Schule, die autonom Konzepte umsetzen möchte, gibt es viele Hindernisse. So werden oft Ideen oder Projekte, die Direktoren oder Lehrer:innen an Schulen autonom umsetzen wollen, nie Wirklichkeit, da es zu viele komplizierte Hürden gibt. Damit geht Österreich leider einen völlig anderen Weg, als viele andere OECD Mitgliedsstaaten. Sowohl alle Schulstandorte als auch die Lehrpersonen müssen über einen eigenen Gestaltungsfreiraum verfügen. Nur so kann das schuleigene Engagement stetig steigen und der Wettbewerb, der so unbedingt nötig ist, wieder stattfinden.

***Deshalb fordert die Bundesschülerversammlung:***

---

## Personelle Autonomie

- § Bestellung von Lehrpersonal durch die Direktion und Schulpartner
- § schulautonomes Kündigen von Lehrpersonal.

## Finanzielle Autonomie

- § Eine Schule muss frei über ihr Budget verfügen können.

## Pädagogische Autonomie

- § Einem Schulstandort muss es möglich sein, den Lehrplan nach regionalen Gegebenheiten eigenständig, unter Erfüllung der Bildungsstandards, anzupassen.
- § Einführung eines flächendeckenden Schulstandortplanes.

# Schulbeihilfen

Um Schülerinnen und Schülern eine möglichst sorgenfreie Schullaufbahn ermöglichen zu können, ist es nötig, dass sie sich nicht mit der finanziellen Lage ihrer Eltern auseinandersetzen müssen.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Eine Anpassung der Schulbeihilfe auf das benötigte Niveau.
- § Eine niederschwellige, digitale Möglichkeit, die Schulbeihilfe zu beantragen, sowie nähere Informationen zu bekommen.

# Internat

Einem Großteil der Schülerinnen und Schülern ist es aufgrund ihres langen Schulweges oder den zu wenig ausgebauten öffentlichen Verkehrsmitteln nicht möglich, jeden Tag in die Schule und wieder nach Hause zu fahren. Im Zuge dessen bleibt ihnen keine andere Möglichkeit als in Internaten Unterkunft zu finden. Jedoch ist es leider so, dass die Internatspreise in den letzten Jahren aufgrund der Teuerung sehr gestiegen sind. Dies hat zur Folge, dass sich einkommensschwache Familien die Kosten nicht mehr leisten können ihren Kindern die Möglichkeit zu geben, ihre Wunschschulen zu besuchen.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Reduzierung der Internatspreise durch höhere öffentliche Förderungen
- § Erleichterung des Zuspruchs der Heimbeihilfe durch Erhöhung der Einkommensgrenzen

# Schulpartnerschaft

Das Zusammenspiel der einzelnen Schulpartner (Eltern, Schülerschaft, Lehrpersonal) ist für einen funktionierenden Schulalltag enorm wichtig. Diese Schulpartner sind nur sehr selten in Entscheidungsprozessen eingebunden, obwohl es genau die Personengruppe ist, die es am Ende des Tages am meisten betrifft. Es ist längst überfällig, die Gremien der Schulpartnerschaft, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene zu stärken, um eine Mitgestaltung der Schule durch die Betroffenen zu gewährleisten.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Die Aufwertung der Schulpartnergremien durch die gesetzliche Verankerung des Landes- und des Bundes-Schulgemeinschaftsausschusses.

# Ausbildungsweg

Unser Bildungssystem ist vielfältig und bietet unzählige Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung. Leider wissen viele Schülerinnen und Schüler nicht, welche Optionen es gibt, wodurch oft konventionelle Wege bevorzugt werden. Alle Schülerinnen und Schüler sollen ermutigt werden, mit einem vollwertigen Abschluss die Schullaufbahn zu beenden, um einen qualitätvollen Start ins Leben nach der Schule zu haben.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Förderung der Durchführung einer vollwertigen Schullaufbahn bis zur Matura/Lehrabschlussprüfung/Fachprüfung.
- § Fundiertes Informationsmaterial im Unterricht zu Aus- und Weiterbildungen während und nach der Schulzeit.

# Beurteilung und Prüfung

## Zentralmatura

Die zentralisierte Reifeprüfung wurde im Schuljahr 2014/15 an allen Allgemeinbildenden Höheren Schulen erstmalig durchgeführt und im Schuljahr 2015/16 wurde sowohl diese, als auch die Reife- und Diplomprüfung an allen Berufsbildenden Höheren Schulen eingeführt.

Der Abschluss einer Schülerin oder eines Schülers ist die Reifeprüfung, leider zeigen sich hier Jahr für Jahr Herausforderungen, die es dringend zu bewältigen gilt. Die stark schwankenden Ergebnisse der Mathematik-Matura, ständig wechselnde Rahmenbedingungen und eine Maturanote, die nur von einer einzigen abgegebenen Leistung abhängig gemacht wird, sind nur drei von vielen Problemen, die bisher noch zu keiner zufriedenstellenden Lösung geführt haben. Hier braucht es die Einbindung der Schulpartner, um langfristige und gut durchdachte Lösungen bereitzustellen.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Das Entgegenkommen des Ministeriums und die rasche Umsetzung in der Bundesreifeprüfungskommission aufgezeigter Notwendigkeiten.
- § Die Zurücksetzung der Vorbereitungsstunden auf die ursprüngliche Stundenanzahl (viermal die Wochenstundenanzahl im Abschlussjahr).
- § Eduthek beinhaltet Lernmaterialien, insbesondere konkrete Beispiele für den Maturastoff, dabei soll eine Clusterung in Themenpools stattfinden, um eine übersichtliche Darstellung zu gewährleisten.
- § Maturarelevanter Stoff muss vorgezogen und expliziter durchgenommen werden, bei Zeitmangel Verschlankung der Maturakörbe.

# Konkretisierung der Leistungsbeurteilungsverordnung

Derzeit ist die Leistungsbeurteilungsverordnung (LBVO) sehr ungenau ausgelegt und hinterlässt sehr viel Raum für Interpretationen. Mit Hilfe der LBVO ist es bereits im Präsenzunterricht sehr schwer, die Leistung einer Schülerin oder eines Schülers zu beurteilen.

***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Die Konkretisierung der LBVO, um den Interpretationsspielraum in dieser zu minimieren und somit möglichen Konflikten vorzubeugen.
- § Einbindung aller Schulpartner in den oberhalb geforderten Prozessen.
- § Ein Konzept zur Veränderung der LBVO in Krisenzeiten, wenn Distance Learning an Schulen betrieben werden muss.

# Unterricht

## Feedbackkultur

Täglich geben wir Schülerinnen und Schüler unser Bestes im Unterricht. Abgesehen von der Bewertung durch Noten, erhalten wir keinerlei Rückmeldung auf unsere Leistung bei Tests und Schularbeiten. Sogar unsere Mitarbeit, unsere aktive Teilnahme an regulären Unterrichtsstunden, wird lediglich durch Ziffern von 1 bis 5 bewertet.

Doch um sich wirklich verbessern zu können, ist es auch notwendig zu wissen, worin die persönlichen Stärken und Schwächen liegen und woran man noch besonders arbeiten sollte. Jedoch gilt genau dasselbe für Lehrpersonen. Wie können sich diese weiterentwickeln und ihren Unterricht verbessern, wenn sie keine Rückmeldungen oder konstruktives Feedback erhalten?

### ***Deshalb fordert die Bundesschülerversammlung:***

---

#### Die Ausarbeitung und Umsetzung des 360 Grad Feedbacks mit folgenden Kriterien:

- § Feedbackkultur in der Schule
  - Um eine aktive Feedbackkultur leben zu können, ist es eine Grundvoraussetzung zu wissen, was man unter konstruktivem Feedback versteht, wie man dieses gibt und auch weiß, wie man dieses nutzen kann. Nur durch solch eine Kritik können Personen davon profitieren und der Unterricht positiv verbessert werden. Deshalb müssen genau diese Fähigkeiten im Unterricht vermittelt werden.
- § Altersadäquates Feedback
  - Unabhängig von der Schulstufe und der Schulform, soll immer und überall die Möglichkeit bestehen, Feedback zu geben und zu erhalten. Deshalb sind selbstverständlich verschiedene Modi der Feedbackgebung notwendig. Diese sollten dem jeweiligen Alter angemessen angepasst werden.
- § Digitale Abwicklung des Feedbacks
  - Um das 360 Grad Feedback für alle Schülerinnen und Schüler praktisch und einfach zugänglich zu machen, sollen auch dafür die Vorteile der Digitalisierung genutzt werden. Dies vereinfacht die Auswertung und verhindert, dass Fragebögen verloren gehen. Des Weiteren kann so auch auf die Umwelt Rücksicht genommen werden. Daher setzen wir uns für eine flächendeckende Umsetzung über eine zentralisierte digitale Feedbackplattform ein.
- § Form des Feedbacks
  - Höchste Priorität beim Geben von Feedback ist, dass man weiß, in welchen Bereichen Verbesserungsbedarf besteht. Dies kann auf vielen verschiedenen Wegen gewährleistet werden und sollte nicht nur mit Hilfe von Ranking auf der Notenskala geschehen, sondern mit Hilfe von ausgiebigen Antworten, welche sowohl aufzeigen, was die Lehrkraft noch verbessern kann, als auch was bereits gut funktioniert.

- § Anonymität
  - Die Lehrperson ist eine Autoritätsperson, eine Person, vor der man, vor allem in der Unterstufe, sehr viel Respekt hat. Dieser Respekt sollte aber nicht die Konsequenz haben, dass die eigene Meinung zu kurz kommt. Manche Schülerinnen und Schüler haben Angst, von ihren Lehrerinnen und Lehrern schlechter beurteilt zu werden, oder befürchten kein gutes Verhältnis mehr mit der jeweiligen Lehrperson zu haben. Um sicherzustellen, dass jede und jeder tatsächlich immer ehrlich sein kann, muss Feedback immer anonym übermittelt werden.
  - Oft fällt es Schülerinnen und Schülern schwer, ihren Lehrpersonen Feedback öffentlich mitzuteilen. Besonders, da dies leider noch immer viel zu oft mit Konsequenzen in der Benotung oder Behandlung einhergeht. Um zu gewährleisten, dass Schülerinnen und Schüler ihre Meinung trotzdem gegenüber Lehrpersonen äußern können, ist eine Anonymität des Feedbacks unausweichlich.
  
- § Konsequenzen des Feedbacks
  - Das erhaltene Feedback der Schülerinnen und Schüler zeigt den Lehrpersonen auf, wo ihre Stärken und Schwächen liegen. Sowohl auf positive Fähigkeiten als auch auf noch Ausbaufähiges sollte besonders Rücksicht genommen und entsprechend gefördert werden. Dies soll auch im Austausch mit Kolleginnen und Kollegen geschehen. Ebenfalls sollen Gespräche mit der Schulleitung geführt werden, dort sollen besonders Themen besprochen werden, welche im Feedback gehäuft vorkommen. Als letzte Konsequenz sollen auch verpflichtende Fortbildungen stattfinden.
  
- § Online – Schulfeedback
  - Um auch Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Eltern die Möglichkeit zu bieten, der Schule im Feedback zu geben, fordern wir die Schaffung von Möglichkeiten für anonymes Online-Feedback, das direkt an die Schulleitung weitergeleitet wird. Dieses soll auch von den Schulqualitätsmanagement eingesehen werden können, um sicherzustellen, dass dieses Feedback auch umgesetzt wird.

# Content Learning Integrated Language

Englisch fließend sprechen zu können, wird einerseits im Alltag immer relevanter, andererseits gilt es in vielen Bereichen der Berufswelt bereits als Voraussetzung. Das Bildungssystem muss Schülerinnen und Schüler besonders auf diesen Aspekt ihres weiteren Lebens vorbereiten und ihnen diese Kompetenz vermitteln. Im Englischunterricht werden die wichtigen Grundlagen für das 'Alltagsenglisch' vermittelt, doch besonders in der Berufswelt wird auch spezifisches Englisch und das damit einhergehende Vokabular immer relevanter. Um auf dieses spezifische Sprachwissen im Unterricht einzugehen, reicht der 'normale' Englischunterricht allerdings noch aus. Durch die Abhaltung von Unterrichtsfächern auf Englisch, kann dem entgegengewirkt werden.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Die Umsetzung von Content Learning Integrated Language fördern.
- § Die Möglichkeit für mehr Stunden in der Umsetzung von Content Learning Integrated Language fördern.
- § Angepasste Unterrichtsmittel für Content Learning Integrated Language schaffen.
- § Lehrpersonen angemessen auf diese Unterrichtsart vorbereiten.
- § Das Einbinden von fachkundigen, englischsprachigen Gastreferentinnen und Gastreferenten.

# Politische Bildung & Medienkunde

In Österreich sind wir bereits ab dem 16. Lebensjahr wahlberechtigt. Um dieses Privileg anwenden zu können, ist es wichtig, dass den Schülerinnen und Schülern die Abläufe der Demokratie, sowie unser Rechts- und Staatssystem veranschaulicht werden.

Außerdem soll Verständnis für Politik und deren Auswirkungen geschaffen werden. Denn auch tages- und weltpolitische Themen müssen verstärkt behandelt werden, um unserer Jugend das gewisse Know-How, einer immer schneller werdenden Gesellschaft, mitzugeben.

Die Verbreitung von „Fake News“ binnen Sekunden ist für keinen ein Geheimnis mehr. Wir, Schülerinnen und Schüler, müssen lernen, Informationen zu analysieren, zu hinterfragen und mögliche „Fake News“ zu erkennen. So sollen wir uns eine eigene Meinung bilden können und werden nicht mehr von äußeren Einflüssen und Falschinformationen beeinträchtigt. Aktuell finden diese Punkte im Geschichtsunterricht viel zu wenig Platz, da das Ausmaß des Lehrplans für das aktuelle Stundenpensum zu groß ist.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Politische Bildung und Medienkunde als eigenständiges Unterrichtsfach ab der 7. Schulstufe.
- § Die Einbindung von aktuellen Themen in den gerade vorhandenen Geschichtsunterricht.
- § Vorträge von Expertinnen und Experten um neutralen Unterricht zu gewährleisten.
- § Implizierung von mindestens einem Gedenkstättenbesuch sowohl in der Sekundarstufe 1, als auch in der Sekundarstufe 2.
- § Kostenloser Zugang zu Qualitätsmedien für alle Schüler:innen Österreichs.
- § Mindestens ein Besuch einer politischen Institution (Gemeinde, Land, Bund) im Laufe der Sekundarstufe II.
- § Veranstaltung einer großen Podiumsdiskussion pro Bundesland vor jeder EU-, Nationalrats- und Landtagswahl, bei der sich Klassen oder, falls gewünscht, einzelne interessierte Schüler:innen kostenlos anmelden können.

# Schulsupportpersonal

Nicht nur Lehrkräfte sind heutzutage an vielen Schulstandorten überfordert, sondern auch die Schülerinnen und Schüler. Oft ist es nicht einmal mehr möglich den normalen Unterricht durchzuführen. Aber genauso in der unterrichtsfreien Zeit werden Personen in Schulen verbal oder physisch direkt angegriffen. Die meisten Lehrerinnen und Lehrer haben keine Ausbildung dafür, wie man mit solchen Situationen und mit betroffenen Schülerinnen und Schülern umgeht.

Die Behebung und Prävention von solchen Fällen ist äußerst zeitintensiv. Deshalb braucht es mehr Schulsupportpersonal an allen Schulstandorten. Diese können als eine wertvolle Unterstützung außerhalb des Unterrichts dienen und Probleme klären, beziehungsweise diese durch Präventivmaßnahmen verhindern. Durch psychologische Einzel- oder Gruppengespräche können Konflikte und persönliche Probleme, wie zu viel Druck von anderen Personen oder Stress, beseitigt werden. Genauso kann das Unterstützungspersonal die Schülerinnen und Schüler noch besser auf ihre Zukunft vorbereiten, beziehungsweise ihnen bei der Planung dieser helfen. Dies kann auf sehr viele variable Arten geschehen.

Zum Beispiel durch Berufs- und Studienorientierungsgesprächen oder durch Förderprogramme von Schülerinnen und Schülern. Dadurch fällt den Schülerinnen und Schülern der Schulalltag leichter und ein positives Resultat könnte die Steigerung der eigenen, erbrachten Leistung sein.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Mehr Unterstützungs- und Supportpersonal an allen Schulstandorten.
- § Einführung von Jugendcoach:innen an Schulen zu gezielten Unterstützung und Förderung von Schüler:innen

# Individuelle Förderung

Schülerinnen und Schüler jeder Schule kommen aus unterschiedlichen Sozialschichten, weswegen es nicht gerecht ist, jede und jeden selbst für ihre oder seine Unterrichtsressourcen verantwortlich zu machen. Während es für manche kein Problem ist, sich zum Beispiel ein Notebook für den Unterricht zu kaufen, fehlt es anderen an Geld für Bücher. Um genau diesen Spalt aus dem Bildungssystem zu entfernen, benötigen wir eine optimale und vor allem zeitgerechte Förderung für jedes, die Schule besuchende, Individuum. Eine vollständige analoge Bereitstellung, wäre nicht genug, denn Schülerinnen und Schüler des 21. Jahrhunderts benötigen nicht nur Zugriff auf digitale Ressourcen, sondern müssen auch lernen, diese im weiteren Leben als Hilfsmittel statt Genussmittel zu nutzen.

Jugendliche unterscheiden sich jedoch nicht nur in Sozialschichten, sondern vor allem auch im Charakter und in ihren Talenten. Die meisten Lehrerinnen und Lehrer verlangen von jeder Schülerin und jedem Schüler exakt das Gleiche zu erbringen. Da aber keine Person so ist wie die andere, leiden viele darunter. Der Förderunterricht für schwächere Schülerinnen und Schüler darf nicht die einzige Lösung sein, wobei es ein guter Schritt in die richtige Richtung ist. Um jeder Schülerin und jedem Schüler dabei zu helfen, sich möglichst in ihrem oder seinem Charakter zu entfalten, muss präziser auf ihre Talente und Stärken eingegangen werden.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Genug Ressourcen für jeden Schulstandort, um jede Schülerin und jeden Schüler individuell fördern und fordern zu können.
- § Forcieren von Talentförderungsmodellen im Unterricht.
- § Niederschwellige Informationsangebote für Schüler:innen mit Lese-Rechtschreibschwierigkeiten und deren Eltern zu Prüfungsanpassungen bereitstellen.
- § Gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung von Prüfungsanpassungen für Schüler:innen mit Teilleistungsschwächen.
- § Individuelle Lernbegleitung (ILB) auf alle Schüler:innen ausweiten, um einem Leistungsabfall vorzubeugen.
- § Flexsystem auf alle Schulen in Österreich ausweiten.
- § Lehrpersonendienstrecht und Schulunterrichtsgesetz anpassen, um das Flexsystem zu ermöglichen.
- § Verpflichtende Fort- und Weiterbildungen für Lehrpersonen im Flexsystem einführen.
- § Förderung der modularen Oberstufe an AHS zur besseren individuellen Förderung.
- § Einführung verpflichtender Basismodule zur Sicherstellung der Allgemeinbildung.

- § Wahlmodule zur Förderung individueller Interessen und Talente klassen- und stufenübergreifend anbieten.
- § Drehtürmodell an allen Schulen einführen, um eigenständige Projekte und fachübergreifenden Unterricht zu ermöglichen.
- § „Bewegte Pause“ an allen Schulen mit Beaufsichtigung von Turnsälen einführen.
- § Schüler:innen der Sekundarstufe II die Nutzung von Klassenräumen außerhalb der Unterrichtszeiten ermöglichen.
- § Leistungsbeurteilungsverordnung präzisieren, besonders in Bezug auf „Mitarbeit“ und Lernzielkontrollen.
- § Bereitstellung von Ruheräumen für Schüler:innen während Freistunden oder Pausen.

# SchülerInnenparlamente

SchülerInnenparlamente sind zu einem wichtigen Werkzeug für die Schülervertretung geworden, um ihre Anliegen bestmöglich an die Politik zu tragen und ihren Forderungen das nötige Gewicht zu geben. Sie bieten aber auch die Möglichkeit, über bildungspolitische Themen zu diskutieren und sich innerhalb der Schülerschaft über das Konzept der “idealen Schule” auszutauschen. Dadurch ist ein guter Grundstein gelegt, der Stimme der Schülervertretung noch mehr Gewicht zu geben. Jede delegierte Person wird hier eingeladen.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Die gesetzliche Verankerung des SchülerInnenparlaments auf Landesebene, zumindest einmal pro Semester.
- § Unterstützung der Schülervertretung bei der Organisation des SchülerInnenparlaments durch die dafür zuständigen Ebenen der Landesregierung und der Bildungsdirektion
- § Das Recht der Schülervertretung, einmal pro Semester ein SchülerInnenparlament an der Schule abzuhalten
- § Verpflichtende Stellungnahmen der Landes- bzw. Bundesregierung zu sämtlichen positiv abgestimmten Anträgen des SchülerInnenparlaments

# Wirtschafts- & Finanzbildung

Mit beiden Beinen im Leben stehen. Das ist das Ziel, das für viele zum Erwachsenwerden dazugehört. Ein nicht unwesentlicher Teil davon sind die Wirtschafts- und Finanzbildung. Der erste eigene Mietvertrag, ein fairer Arbeitsvertrag und der Steuerausgleich. All das sind Themen, die Jugendliche schneller nach Abschluss der Schullaufbahn betreffen, als sie es oft erahnen. Schule hat also die Aufgabe, diese wichtigen wirtschaftlichen und finanziellen Grundkompetenzen abzudecken.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Einführung eines Wahlpflichtfaches zur vertiefenden Behandlung von Finanz- und Wirtschaftsthemen.
- § Möglichkeit, im Wahlpflichtfach an höheren Schulen einen Kurs zur Vorbereitung auf die WKO-Unternehmerprüfung (Module A, B, C und UP) zu besuchen.
- § Lehrkräfte für dieses Fach benötigen eine spezielle Ausbildung.
- § Angebot eines Freifachs zur Vertiefung in Wirtschafts- und Finanzbildung, das Themen wie Steuererklärungen, Mietverträge und Investitionen (z. B. Aktien) behandelt.
- § Durchführung einer Exkursion zu einer wirtschaftlichen oder finanziellen Institution in der Sekundarstufe II.
- § Bereitstellung von Self-Learning-Materialien wie Factsheets, Websites, Büchern und Plattformen.
- § Regelmäßige Fortbildungen für Lehrkräfte zur Wirtschafts- und Finanzbildung.

# Umweltschutz

In Zeiten von “Fridays for Future” und der Klimaerwärmung wird es tagtäglich wichtiger, auf seine Umwelt zu achten und sie dementsprechend zu schützen. In unserem privaten Leben sollten wir daher umweltbewusst leben, doch meist fehlt es hier an dem nötigen Know-How der Schülerinnen und Schüler. Wie lebe ich umweltbewusst und was kann ich für die Umwelt tun? Genau um solche Fragen nicht erst zu klären, wenn es längst überfällig ist, sollte hier an den Schulen Österreichs angesetzt werden. Die Schule sollte die Schülerinnen und Schüler nicht nur im Bereich des Umweltschutzes aufklären, sondern auch selbst umweltbewusst und vor allem plastikfrei gestaltet sein. Auch sollte auf die Mülltrennung geachtet werden. Zu guter Letzt darf auch nicht auf das Schulbuffet vergessen werden. Gerade in dieser Zeit nach dem Lockdown sollten Betriebe Österreichs gestärkt werden. Durch ein regionales Angebot an den Schulen tun wir somit nicht nur der Wirtschaft, sondern auch der Umwelt etwas Gutes, da beispielsweise keine Äpfel aus anderen Ländern eingeflogen werden müssen. Auf die Saisonalität des Angebotes am Buffet darf aber auch nicht vergessen werden. Die Schule von morgen sollte daher nicht nur Gutes für unsere Absolvierung unserer Ausbildung, sondern auch für die Umwelt und für unsere Zukunft leisten.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Die Abschaffung von jeglicher Art von Plastik an Schulen.
- § Die Integration von Umweltschutz in die Lehrpläne.
- § Die richtige Mülltrennung an allen Schulen.
- § Rein regionales & saisonales Buffet.

# Lehrpläne

Das Thema Lehrpläne scheint in Österreich zu einem wiederkehrenden Ärgernis zu werden, was großteils wohl daran liegt, dass aktuelle Lehrpläne Jahrzehnte alt sind. Im Jahr 2023 sollen zwar weitreichende Lehrplanreformen folgen, nur muss man Acht geben, dass eben diese Reformen ausreichend durchdacht durchgeführt werden. So muss man beispielsweise Rücksicht darauf nehmen, dass sich sowohl unsere Gesellschaft als auch unser Schulalltag immer mehr in Richtung Digitalisierung bewegt. Dies ist auch für einen Lehrplan von äußerst großer Bedeutung, da man vielleicht auch die Möglichkeit in Betracht ziehen sollte, gleichzeitig die angebotenen Möglichkeiten digitaler Schulbücher zu überarbeiten. So muss man unserer Meinung nach weg von den "besseren PDF-Dokumenten", wie sie Digi4School bietet und uns in Richtung interaktives, digitales Buch entwickeln. So kann man versichern, dass die digitale Mitschrift nicht zu einem Copy and Paste Irrsinn von Screenshots aus digitalen Büchern wird.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Die Überarbeitung der Plattform Digi4School sowie die Entwicklung von "echten" digitalen Büchern statt PDF-Dokumenten, welche an den zukünftigen Lehrplan angepasst sind.
- § Die stetige Angleichung von Lehrplänen an den Puls der Zeit

# IT-Infrastruktur

Wir leben in einer Zeit, in welcher Tablets, Laptops und Smartphones schon lange zum Alltag gehören. Doch trotzdem stehen wir seit einiger Zeit vor dem Problem, dass diese Innovationen in der Schule wohl noch nicht angekommen zu sein scheinen. So gibt es etwa erst wenige Schulen, in denen man eine Breitbandanbindung vorfindet. Auch das Thema WLAN wird für Schülerinnen und Schüler immer relevanter, da die Zahl derer, die ihre Mitschrift digital erledigen, stetig steigt. Auch die Ausstattung an manchen Schulen lässt mehr als zu wünschen übrig. Computer, die 10 Minuten zum Hochfahren benötigen, darf es im Jahr 2020 nicht mehr geben, vor allem nicht in der Schule, die uns eigentlich auf unser späteres Leben vorbereiten sollte.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Eine flächendeckende Breitbandabdeckung an österreichischen Schulen
- § Die Überarbeitung und Modernisierung der technischen Ausstattung an Schulen, um einen
- Unterricht mit modernsten Lehrmitteln gewährleisten zu können
- § Endgeräte mit geringstem Selbstbehalt in ganz Österreich weiter ausbauen, für
- Schulbeihilfenbezieherinnen und Schulbeihilfenbeziehern sollen diese gratis zur Verfügung stehen.
- § Die flächendeckende Einführung eines Tools, mit dem der Stundenplan inklusive Lieferplan eingesehen werden kann (z. B. WebUntis).
- § Die Einführung eines Tools, durch das jederzeit der aktuelle Notenstand eingesehen werden kann (z. B. LMS).
- § Die Ausstattung aller Klassenzimmer mit ausreichend Steckdosen.
- § Die Möglichkeit für jede:n Schüler:in, im Rahmen der schriftlichen Matura sowie der Schularbeiten der Abschlussklasse Texte am Laptop zu verfassen.
- § Die Möglichkeit für jede:n Schüler:in, an jeder Schule zu wählen, ob er:sie bei der schriftlichen Mathematik-Matura sowie allen Schularbeiten der Abschlussklasse Geogebra und/oder einen Taschenrechner verwenden möchte.
- § Ein einheitliches Programm für Schüler:innen, auf dem Schulbücher kostenlos online zur Verfügung stehen, mit der Möglichkeit, diese online zu bearbeiten und die Änderungen zu speichern (bzw. die Verbesserung der Digi4School-Plattform).
- § Eine Druckmöglichkeit für Schüler:innen an jeder Schule.
- § Gezielte Aus- und Weiterbildungen für Lehrkräfte, wie sie die Endgeräte ihrer Schüler:innen sowie Künstliche Intelligenz sinnvoll in den Unterricht integrieren können.

- § Die flächendeckende Einführung eines digitalen Schüler:innenausweises.
- § Den Ausbau der KI-Pilotschulen auf alle Schulen in Österreich.
- § Das Recht auf digitale Mitschrift ab der Sekundarstufe II.
- § Eine einheitliche schulinterne Plattform (z. B. Teams, Moodle, Outlook,...), auf der alle Unterrichtsmaterialien spätestens eine Woche vor einer Schularbeit bzw. drei Tage vor einem Test von den Lehrkräften hochgeladen werden müssen.
- § Den Ausbau der im 8-Punkte-Plan festgelegten WLAN-Verbindungen.
- § Für Schüler:innen bereitgestelltes Informationsmaterial zu Künstlicher Intelligenz.
- § Das Angebot eines Kurses für den Computerführerschein ICTL in Form eines Freifachs.

# Öffentliches Verkehrsnetz für Schülerinnen und Schüler

Vor allem in der vergangenen Zeit ist ein starker Drang der Gesellschaft hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu erkennen. Dieses öffentliche Interesse wird allerdings vor allem außerhalb der Städte jedoch stark durch das Fehlen eines Verkehrsnetzes, welches in der Lage ist, zur Alternative des Individualverkehrs zu werden, gebremst. Auch neuerdings hat uns die Corona-Pandemie vor Augen gehalten, wie misslich die Zustände mancherorts immer noch sind. So hört man von hoffnungslos überfüllten Bussen oder Zügen zu Stoßzeiten und von zu niedrigen Taktungen vielerorts. Diese Zustände sind in der aktuellen Situation einer Pandemie nicht nur sehr gefährlich, sondern auch unfassbar unverantwortlich.

## ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, beispielsweise in Form von zwei Bussen zu Spitzenzeiten, sodass der öffentliche Verkehr zu einer attraktiven Alternative des Individualverkehrs werden kann
- § Höhere Taktung der Busse beziehungsweise Züge zu Stoßzeiten
- § Überarbeitung des Verkehrsnetzes, um vor allem die Sicherheit der Transportierten gewährleisten zu können, was vor allem in Corona-Zeiten mehr als essentiell ist.
- § Tickets für regionale und bundesweite öffentliche Verkehrsmittel mit wenn nötig geringen Selbstbehalt für Schülerinnen und Schüler wie Lehrlingen, kostenlos für Schulbeihilfenbezieherinnen und Schulbeihilfenbeziehern

# AHS

## Modulare Oberstufe

Es gilt, ein System einzuführen, welches individuell auf die Stärken und Interessen jeder Schülerin und jedes Schülers eingeht und gleichzeitig Eigenverantwortung und Selbstständigkeit, von den Schülerinnen und Schülern, sowohl einfordert, als auch fördert. Ein System dieser Art findet bereits an einigen österreichischen Schulen Verwendung als Schulversuch und wird dort von der Schülerschaft auch gut aufgenommen. Schülerinnen und Schüler profitieren von den individuellen Gestaltungsmöglichkeiten des Systems und können so zusätzlich zum Grundstoff ihre Talente und Interessen in ihren Schulalltag einbauen. Durch Basismodule wird sichergestellt, dass eine sinnvolle Allgemeinbildung trotzdem nicht zu kurz kommt.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Eine “Modulare Oberstufe”, in welcher Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, ihren Stundenplan selbst mitzugestalten und ihre Talente tatsächlich zu fördern.

## Förderung der Einführung eines WPG mit dem Fokus auf wirtschaftliche und rechtliche Grundlagen:

Das Wahrscheinlich größte Verbesserungspotential der AHS besteht im Bereich der Vermittlung von wirtschaftlichen sowie rechtlichen Grundlagen. Viele Maturantinnen und Maturanten aus der AHS haben nach ihrer Schullaufbahn noch überhaupt keinen Überblick über steuerrechtliche Grundlagen oder andere rechtliche Themen wie beispielsweise Mietverträge. Um dem langfristig und effektiv entgegenzuwirken, braucht es einen stärkeren und gezielteren Fokus auf diese Thematik. Dies soll in Form eines Wahlpflichtgegenstandes geschehen, in dem grundlegendes, für das spätere Leben unbedingt relevantes Wissen an den Schulen vermittelt wird.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Die Förderung von Schulen, bei der Einführung eines Wahlpflichtfachs mit inhaltlichem Fokus auf Wirtschaft und Recht.

### VWA-Vorbereitungskurse vereinheitlichen:

Eines der wichtigsten Hilfsmittel beim Schreiben von Vorwissenschaftlichen Arbeiten für Schülerinnen und Schüler sind die angebotenen VWA-Vorbereitungskurse. Leider sind diese Kurse von Schule zu Schule unterschiedlich, was unweigerlich dazu führt, dass manche Schülerinnen und Schüler besser auf die VWA vorbereitet werden als andere. Durch die Vereinheitlichung dieser Kurse kann sichergestellt, dass wirklich alle Schülerinnen und Schüler die besten Voraussetzungen zum Schreiben ihrer VWA haben.

#### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Vereinheitlichte VWA-Vorbereitungskurse mit einer einheitlichen Mindestanzahl an Stunden sowie einem einheitlichen Stoffgebiet

### Vorgezogene Matura an der AHS ermöglichen:

In der BMHS ist es bereits weit verbreitet, dass es in gewissen Fächern die Möglichkeit zur Matura bereits am Anfang des letzten Schuljahres gibt, in der AHS jedoch nicht. Besonders in maturablen WPGs oder anderen Fächern, welche bereits im Jahr vor der Matura abgeschlossen sind, wäre dies allerdings durchaus möglich und würde viel Stress aus der finalen Maturaphase nehmen.

- § Schaffung der rechtlichen Möglichkeiten für eine vorgezogene Matura, mit Umsetzung auf Basis der Schulautonomie.

## Evaluierung des Flex-Systems:

Vor einiger Zeit ist an manchen AHSen in Oberösterreich ein neues Zeitmodell in Verwendung. Ziel dieses Modells ist es der einzelnen Schülerin und dem einzelnen Schüler mehr Eigenverantwortung zuzusprechen und diese so besser auf ihr späteres Leben vorzubereiten.

Das FLEX-Zeiten Modell bietet die Möglichkeit durch das Zusammenlegen und Kürzen von Unterrichtseinheiten, neue sogenannte FLEX-Einheiten zu schaffen. In diesen können Schülerinnen und Schüler frei nach ihren Interessen, Stärken und Bedürfnissen von Lehrpersonen angebotene Kurse besuchen. Die Themen können hierbei von der vertieften Beschäftigung mit einem Fach, über Förderkurse, bis hin zu Themen, die im klassischen Unterrichtsrahmen keinen Platz finden, reichen. In mehreren Oberösterreichischen Schulen hat sich dieses System bereits etabliert und bewährt, da es die Individualität der Schülerinnen und Schüler in der Schule abdeckt und trotzdem nicht in den bestehenden Stundenplan eingreift.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Die Evaluierung des Flex-Systems (Bsp. ORG Dachsberg in Oberösterreich)
- § Die Unterstützung von Schulen bei der Umsetzung des Systems.

# BMHS

## Professionelle und zeitgerechte Ausstattung für den facheinschlägigen Unterricht

Die Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen unterteilen sich in verschiedene Schultypen und haben somit auch individuellen Optimierungsbedarf im Bereich der zeitgerechten Ausstattung. Durch das Bereitstellen von professionellem Equipment, würde sich infolge der Motivation, die Leistung der Schülerinnen und Schüler steigern. Des Weiteren würde sich auch die Qualität des Unterrichts wesentlich verbessern.

Damit der facheinschlägige Unterricht gewährleistet ist, benötigt es eine zeitgerechte und vor allem eine professionelle Ausstattung in BMHSEN.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Bereitstellung zeitgerechter und professioneller Ausstattung für den facheinschlägigen Unterricht.

## Ständige Verfügbarkeit von unterrichtsrelevanten IT- Programmen

Der Unterricht dient dazu, die Schülerinnen und Schüler auf ihr späteres Leben und den Berufsalltag vorzubereiten. Das betrifft auch die Digitalisierung, die sich stetig weiterentwickelt und zunehmend wichtig wird. Leider kommt es oft vor, dass Schulen nicht mit den passenden IT-Programmen ausgestattet sind, um die Bildung der Welt von morgen anpassen zu können, eher im Gegenteil, es wird zu sehr an der Vergangenheit festgehalten. Der digitale Bereich ist einer, der auf keinen Fall vernachlässigt werden soll, erst recht nicht, wenn er zur Vertiefung der Berufsbildung beiträgt. Um mit der Zeit zu gehen, muss in technische Neuerungen und die Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften investiert werden.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Bereitstellung der neuesten Technik, vor allem für den facheinschlägigen Unterricht
- § Nutzung der Programme für Schülerinnen und Schüler auch außerhalb des Unterrichts

## Elementarpädagogik

Die Elementarpädagogik ist in Österreich die erste Stufe der allgemeinen Bildung und von großer Bedeutung für die Entwicklung von Kindern. Aktuell und vor allem zukünftig herrscht im Bereich der Elementarpädagogik allerdings ein starker Fachkräftemangel, der durch den generellen Ausschluss von körperlich und geistig beeinträchtigten Personen zusätzlich vergrößert wird.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Den Zugang zur elementarpädagogischen Ausbildung für körperlich und geistig beeinträchtigte Personen durch einen im Einzelfall geregelten Entfall von Teilprüfungen bei der Eignungsprüfung zu ermöglichen, ohne die Qualität der Eignungsprüfung im Allgemeinen zu mindern.
- § Den Beruf des Elementarpädagogen durch Lohnerhöhungen und eine gezielte Kampagne zu attraktivieren, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.
- § Die Attraktivität des Berufs des Elementarpädagogen bereits in jungen Jahren zu steigern, indem eine finanzielle Entlohnung während eines Praktikums angeboten wird.

# BS

Jede:r Schüler:in hat verschiedene Begabungen und Interessen. Ein Vorteil unseres Bildungssystems ist, dass sich Jugendliche neben einer weiteren Schullaufbahn auch für eine Lehre entscheiden können. Allerdings gibt es noch einige verbesserungswürdige Bereiche im System.

## Vereinheitlichung und Ausdehnung der Ausgehzeiten im Internat

Für Berufsschülerinnen und Berufsschüler, die ein öffentliches Internat besuchen, gibt es derzeit kein einheitliches Gesetz für Ausgehzeiten. Es wird meist keine Rücksicht auf das Alter der Berufsschülerinnen und Berufsschüler genommen. Vor allem volljährige Berufsschülerinnen und Berufsschüler kommen sich hier bevormundet und eingesperrt vor. Es wird keine Rücksicht auf das Alter der Berufsschülerinnen und Berufsschüler genommen, so wird zum Beispiel das Jugendschutzgesetz bei der Entscheidung über Ausgehzeiten nicht berücksichtigt. Nach dem Schultag müssen Lernzeiten eingehalten werden, die oftmals knapp oder direkt in die Nachtruhe übergehen. Es entfällt somit jegliche Zeit für Privatleben oder Freizeitaktivitäten.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

- 
- § Die Schaffung einer bundesweiten Internatsordnung, sowie die Ausarbeitung dieser Internatsordnung in Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesschülervertretung, der Internate und des Bildungsministeriums.

## Bundesländerübergreifendes Ticket während der Berufsschulzeit

Viele Schülerinnen und Schüler haben einen weiten Weg bis zu ihrer Berufsschule. Dieser Weg führt für manche sogar durch ein oder mehrere Bundesländer, da es für manche Berufe nur sehr wenige Berufsschulen in ganz Österreich gibt. Für diesen Weg von und bis zur Berufsschule benutzen viele SchülerInnen das Auto oder müssen sich teure Tickets für eine lange Strecke kaufen. Für ein bundesländerübergreifendes Ticket sprechen mehrere Faktoren, einerseits der Geldfaktor, da Berufsschülerinnen und Berufsschüler ihr meist knappes Gehalt für Benzin oder Fahrkarten aufwenden müssen, andererseits der Umweltfaktor, wenn Schülerinnen und Schüler mit öffentlichen Verkehrsmitteln statt dem eigenen Auto fahren, wird hier auch aktiv die Umwelt geschont, aber auch der Lernfaktor, da man sich im Zug oder Bus bereits auf kommende Prüfungen, Referate oder Schularbeiten vorbereiten kann.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Bundesländerübergreifende Tickets während der Berufsschulzeit, um so jeder Berufsschülerin und jedem Berufsschüler eine günstige Möglichkeit zu geben, von und zur Berufsschule ab- oder anzureisen.

## Klare Regelung für die Freistellung von Schülervetretern von Berufsschülerinnen und Berufsschülern

Derzeit gibt es keine klare Definition für eine Freistellung von Schülervetreterinnen und Schülervetretern während ihrer Zeit in der Berufsschule. Man muss meist zuerst bei der Schulleiterin oder dem Schulleiter anfragen, ob man eine Freistellung bekommt, um bei Veranstaltungen von LSV oder BSV teilnehmen zu können. Jedoch können die zuständigen Personen an den Schulen diese Freistellung verweigern und somit die Schülerinnen und Schüler daran hindern, sich aktiv an der Bildungspolitik zu beteiligen. Es sollten aber auch Berufsschülerinnen und Berufsschüler die Möglichkeit haben, sich aktiv bei Landes- oder Bundesthemen engagieren zu können.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Eine klare Definition für die Freistellung für die SV während der Zeit in der Berufsschule.
- § Drei Tage Freistellung vom Unterricht pro Person in der Schülervetreterung von Berufsschulen, sowie eine adäquate Anpassung bei einer kürzeren Turnusdauer.

## Berufsschule des 21. Jahrhunderts

Oft wird in der Berufsschule noch Technik benutzt, die nicht mehr dem Standard der Industrie entspricht und damit nicht mehr zeitgemäß ist und auch nicht im Lehrbetrieb verwendet wird. Ebenso ist es mit der Ausstattung: In jeder Klasse sollte es einen Beamer und frei zugängliches W-LAN geben und Berufsschülerinnen und Berufsschülern muss es gestattet sein, auch ihre eigenen Geräte verwenden zu dürfen, um so im Unterricht mitarbeiten zu können. Meist wird dies aber von Lehrerinnen und Lehrern verweigert, obwohl viele Schülerinnen und Schüler auf ihrem eigenen Gerät mitschreiben wollen, um von dort aus zu lernen. Hier sollte die Möglichkeit gegeben sein, die Berufsschule ins 21. Jahrhundert zu bringen und nicht mehr nur auf Stift und Papier zu setzen.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Einen Beamer in jeder Klasse, um verstärkt auf Online-Inhalte setzen zu können, aber auch zeitgerechte Lernunterlagen zur Verfügung stellen zu können.
- § Frei zugängliches WLAN in jeder Klasse, um zu gewährleisten, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit hat, mit ihrem/seinem eigenen Gerät mitarbeiten zu können.
- § Veraltete Technik und Ausstattung an den industriellen Standard anpassen

## Englisch an Berufsschulen

Österreich ist ein vom Tourismus geprägtes Land, ob Sommer oder Winter besitzt Österreich eine Vielzahl von Attraktionen, die Touristen jedes Jahr besuchen. Zusätzlich ist die Kommunikation zwischen externen Firmen aus der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken. Umso unverständlicher in welcher Situation sich die Berufsschülerinnen und Berufsschüler Österreichs befinden.

Fachspezifisches Wissen zu vermitteln ist der Auftrag, den eine Berufsschule zu erfüllen hat. Korrekt gelernt und angewendet werden sollte hierbei auch Englisch, . Zurzeit können wir uns nämlich nicht rühmen. Die Englischkenntnisse des Lehrpersonals sind bei weitem nicht auf dem neuesten Stand, sie reichen nicht auf ein angemessenes Niveau. Für einen ausgebildeten Lehrling sollte es normalerweise kein Problem sein, sich in seinem Beruf auf einer Weltsprache Informationen zu beschaffen oder wiederzugeben. Um das zu gewährleisten, darf den Lehrlingen der Zugriff auf einen zeitgemäßen Englischunterricht nicht verweigert werden. Warum gibt es in diesem Fach, welches nicht nur für den Beruf, sondern auch für das Privatleben einen so wichtigen Bestandteil darstellt, keinen angemessenen Unterricht- wo es doch für Schülerinnen und Schüler an einer AHS oder BMHS als selbstverständlich gilt.

Von Österreichs Betrieben und Fachpersonal wird erwartet, dass diese sich im internationalen Vergleich behaupten können. Unseren Nachwuchs Fachkräften werden aber, wenn überhaupt, nur die Grundkenntnisse der englischen Sprache vermittelt. Die Überarbeitung des Englischunterrichts an Berufsschulen ist schon lange überfällig und für unsere Zukunft unerlässlich. Der niveaulose Unterricht soll der Vergangenheit angehören, Berufsschülerinnen und Berufsschüler verdienen einen zeitgemäßen Englischunterricht, der sie bestens auf das spätere Leben und die Arbeitswelt vorbereitet.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

- 
- § Eine Überarbeitung des Englischunterrichts an Berufsschulen, damit diese einem zeitgemäßen Standard entsprechen.
  - § Nicht nur die Grammatik soll im Unterricht behandelt werden. Vor allem fachspezifische Vokabeln und Ausdrücke müssen im Vordergrund stehen und in den Unterricht eingearbeitet werden.

## ZLA

Der Anspruch an die Arbeitskräfte im technischen und im landwirtschaftlichen Umfeld nimmt in Österreich laufend zu. Deshalb wird es zunehmend wichtiger, ein umfassendes Ausbildungsangebot in diesem Umfeld sicherzustellen. Dieses Ausbildungsangebot wird zu großen Teilen, momentan durch die Zentrallehranstalten gewährleistet. In den vergangenen Jahren hat sich diese Bildungsinfrastruktur jedoch leider in die falsche Richtung entwickelt, weswegen essentielle Ausbildungsplätze verloren gegangen sind.

### Schulstandorte und Schulplätze

Da der ZLA-Bereich in zwei Bereiche unterteilt wird, gibt es hier völlig verschiedene Probleme, die auf unterschiedliche Arten gelöst werden müssen. Die Anmeldezahlen im TGLA-Bereich steigen von Jahr zu Jahr. Immer mehr Jugendliche interessieren sich für Technik, Design, Wissenschaft und Wirtschaft.

### TGLA

Doch egal wie viele Anmeldungen es gibt, die Schulen haben nicht unbegrenzt Platz und so müssen viele Schülerinnen und Schüler abgelehnt werden. Ob mit Hilfe eines Aufnahmetests oder anhand der Noten ausgewählt wird ist schulautonom geregelt, doch ein Ausbildungsplatz kann nicht doppelt oder sogar dreifach besetzt werden. Sowohl die Nachfrage seitens der Industrie als auch die der Jugendlichen steigt, somit leidet die Schule unter enormem Druck. Um möglichst vielen Schülerinnen und Schülern einen Ausbildungsplatz zu verschaffen, wird die Klassengröße auf ein Maximum erhöht, was wiederum das Arbeitsklima senkt und dem Lernerfolg schadet.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülerversammlung:***

- 
- § Erhaltung und Ausbau der bestehenden Schulstandorte im TGLA Bereich.
  - § Erhaltung und Aufstockung der Schulplätze im TGLA-Bereich.
  - § Instandhaltung und notwendige Renovierungsarbeiten an Schulstandorten der.
  - § Schulplätze im TGLA Bereich aufstocken streichen oder abändern zur räumlichen und personellen Erweiterung, bevor Schulplätze aufgestockt werden.

## LFLA

Der LFLA Bereich kämpft wiederum mit dem genau umgekehrten Problem. Die Land-und Forstwirtschaft wird immer unbekannter und durch mangelnde Informationen auch unattraktiver für Jugendliche. Die Anmeldezahlen lassen oft zu wünschen über, was dazu führt, dass Klassen immer kleiner, zusammengelegt oder sogar ganze Schulstandorte geschlossen werden. Doch jeder Schulstandort führt einzigartige Fachrichtungen und ist somit essentiell.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Erhaltung der bestehenden Schulstandorte im LFLA Bereich.
- § Erhaltung und Aufstockung der Schulplätze im LFLA Bereich Internat.
- § Beibehaltung der Öffentlichkeitsarbeit um möglichst viele potentielle Schülerinnen und Schüler zu erreichen

## Steigerung des Bekanntheitsgrads und Aufwertung des Images

Ein wesentlicher Grund für die fallenden Anmeldezahlen im LFLA-Bereich ist der Bekanntheitsgrad. Während der TGLA Bereich – genauso wie die restlichen Schultypen – ein Selbstläufer ist, trifft das auf die LFLAs leider nicht mehr zu. Jugendliche sind schlecht und vor allem zu wenig, über die möglichen Ausbildungswege im ZLA Bereich und die späteren Chancen auf dem Arbeitsmarkt informiert. Da viele Jugendliche und deren Eltern ein vollkommen realitätsfernes Bild von der Ausbildung im Bereich der LFLAs haben, wird diese von den meisten als unattraktiv und veraltet angesehen.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Informationsaustausch v.a. mit Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I.
- § Weiterführung der Kampagne des BMLRTs.
- § Um ein besseres Verständnis für Zentrallehranstalten zu schaffen, möchten wir jeder Schule anbieten, direkt an ihrem Standort einen Aktionstag, bei dem eine geschulte Person einen Vortrag über Zentrallehranstalten und dessen gesetzlich gewählte Vertretung der Zentrallehranstaltenschülervertretung (ZSV) zu organisieren.

## Zentralisierung der BWRW - Matura

Derzeit darf jede\_r Betriebswirtschafts- und Rechnungswesenlehrer\_in, der Land- und Forstwirtschaftlichen Lehranstalten eine eigene Betriebswirtschafts- und Rechnungswesen Matura verfassen.

Das bedeutet, dass bei größeren Schulen verschiedene Inhalte in ein und demselben Fach abgefragt werden dürfen. Daher haben die Lehrerinnen und Lehrer einen großen Spielraum für den Inhalt des Schulunterrichts, sowie bei den Überprüfungen.

Diese Tatsache hat mehrere Folgen: die Schülerinnen und Schüler lernen an den Schulen unterschiedliche Inhalte und verschiedene Methoden für die Betriebswirtschaft und darüber hinaus entsteht ein uneinheitliches, scheinbar unfaires Benotungssystem. Hinzukommt, dass es für den Unterricht zu wenig fachspezifische Lernunterlagen existieren und sich daher Lehrerinnen und Lehrer diese Inhalte selbst erarbeiten oder heraussuchen müssen. Oft geschieht das nur leider nicht.

Deshalb erleben einige Schülerinnen und Schüler wenig fachspezifischen Betriebs- und Rechnungswesenunterricht. Vor allem zukünftige Landwirtinnen und Landwirte, die später selbst die Buchhaltung an ihrem Unternehmen machen müssen, sollten doch so praxisnah und zeitgerecht wie möglich diese Inhalte erlernen.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Die Zentralisierung der Betriebswirtschafts- und Rechnungswesenmatura an jeder Land- und Forstwirtschaftlichen Lehranstalt
- § Einen einheitlichen Lehrplan für den Betriebswirtschafts- und Rechnungswesenunterricht an den LFLAs
- § Ein einheitliches und kostenloses Buchungsprogramm zur Unterstützung des Lehrinhaltes und zur Vorbereitung auf Prüfungen, sowie der Betriebswirtschafts- und Rechnungswesenmatura
- § Einheitliche, vollständige und verständliche Unterlagen für den fachspezifischen BWRW Unterricht an den LFLAs wie Bücher und Skripten, um Lehrerinnen und Lehrern und Schülerinnen und Schülern den Unterricht zu erleichtern

## Internationale Integration fördern

Als Zentrallehranstalten unterstehen wir direkt dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Diese Verbindung möchten wir nutzen. Zusätzlich zur Allgemeinbildung wird eine Ausbildung für bestimmte Berufsfelder vermittelt - eine Ausbildung, die von praktischen Erfahrungen lebt. Aber wie viel ist praktischer Unterricht wirklich wert, wenn er nie in der „echten Welt“ angewandt wird? Um allen Schülerinnen und Schülern ein besseres Verständnis für die Arbeitswelt sowie einen einfacheren Einstieg in diese zu ermöglichen, fordern wir eine engere Zusammenarbeit des Ministeriums mit den Zentrallehranstalten.

Zurzeit lernen Schülerinnen und Schüler fünf Jahre lang die Methoden einer Lehrkraft, vorgeschrieben von einem österreichischen Lehrplan. Internationale Veranstaltungen mit Expertinnen und Experten aus Europa und darüber hinaus sollen nun für neue Perspektiven sorgen und Schülerinnen und Schülern eine Bandbreite an Möglichkeiten aufzeigen. Internationale Zusammenarbeit ist unsere Zukunft und es liegt an uns, diese gemeinsam zu pflegen und zu fördern.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

- 
- § Das Ministerium organisiert mindestens eine Veranstaltung pro Jahr, um Zukunftstrends der schulspezifischen Branche vorzustellen.
  - § Schülerinnen und Schüler können im Rahmen einer Schulveranstaltung im Laufe ihrer Ausbildung mindestens zwei internationale Veranstaltungen im Ausland besuchen.

## Intensivierung der praxisnahen Weiterbildung an allen ZLAs

Aufgrund der stark praxisbezogenen Schulschwerpunkte an allen 19 österreichischen ZLAs wird es in Zukunft von äußerster Wichtigkeit sein, diesen praktischen Bezug aufrechtzuerhalten und noch weiter auszubauen. Die einzelnen Arbeitsbereiche in Wirtschaft und Industrie werden darüber hinaus stetig wissensintensiver und die Anforderungen an den Arbeitnehmer immer höher.

Um zu erreichen, dass Schülerinnen und Schüler mit entsprechendem praxisbezogenen Wissen ins Berufsleben einsteigen können, fordern wir als Bundesschülervertretung vermehrt Expertinnen und Experten aus der Praxis an die Schulen zu holen. Außerdem fordern wir den Austausch zwischen den Forscherinnen und Forschern der jeweiligen Forschungs- und Versuchsanstalten mit den Schülerinnen und Schülern zu fördern und zu stärken, um den praxisnahen Unterricht unserer Schulen langfristig zu sichern und zu verbessern. Die Umsetzung dieser Forderungen soll innerhalb von Workshops, Thementagen oder Vorträgen von Expertinnen und Experten aus der aktuellen Arbeitswelt mit den Schülerinnen und Schülern vonstattengehen. Neben den Expertinnen und Experten, die in die Schule kommen, sollen Schülerinnen und Schüler auch durch Exkursionen auf Betriebe und Unternehmen von deren Praxiswissen profitieren.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Mindeststundenanzahl von zwei Stunden pro Semester, welche externe, fachspezifische Experten aus der Praxis, sowie Forscherinnen und Forscher der Forschungs- und Versuchsanstalten pro fachspezifischen Unterrichtsgegenstand an der Schule referieren müssen
- § Umsetzung in Form von Workshops, Thementagen oder Vorträgen mit dem Vorteil einer abwechslungsreichen Stundenplangestaltung
- § Mindestanzahl an Exkursionen auf praxisbezogene Betriebe und Unternehmen von zwei Tagen pro Semester pro fachspezifischem Unterrichtsgegenstand an allen ZLAs

## Pädagogische Ausbildung und verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte

Lehrkräfte sollten eine pädagogische Ausbildung absolvieren, bevor sie an Schulen unterrichten. Wir sind der Meinung, dass die derzeitige Regelung, die lediglich fünf Jahre Berufserfahrung als ausreichend betrachtet, nicht ausreicht, um eine qualitativ hochwertige Bildung sicherzustellen.

Pädagogik ist eine komplexe Disziplin, die sich mit der Lehre, Erziehung und Bildung von Menschen beschäftigt. Eine qualitativ hochwertige Bildung kann nur durch professionell ausgebildete Lehrkräfte gewährleistet werden. Eine pädagogische Ausbildung würde den Lehrkräften helfen, ihre Unterrichtsmethoden und pädagogischen Ansätze zu verbessern, was wiederum zu besseren Lernergebnissen der Schülerinnen und Schüler führt.

Viele Lehrerinnen und Lehrer halten außerdem seit langem an ihren Unterrichtsmaterialien fest, ohne dabei neue Möglichkeiten und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen. Hunderte Seiten Skript, ohne viel Erklärung, und strikte Ablehnung von moderner Technik gehören der Vergangenheit an und sollten daher keinen Platz mehr in unserem Bildungssystem haben. Aufgrund dessen sollte zumindest durch verpflichtende Fortbildungen und mehr Aufklärung seitens der Schule versucht werden, diese Aspekte weitestgehend zu verringern.

Lehrerinnen und Lehrer können dadurch besser auf die individuellen Bedürfnisse und Fähigkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler eingehen und verfügen über Fähigkeiten und Kenntnisse in Bezug auf den Umgang mit Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und besonderen Bedürfnissen. Eine solche Ausbildung würde dazu beitragen, dass jedes Kind die bestmögliche Unterstützung und Bildung erhält.

Wir fordern daher das Ministerium auf, die Anforderungen für die Qualifikation für Lehrerinnen und Lehrer zu erhöhen. Außerdem soll durch für den jeweiligen Fachbereich passende Fortbildungen, sowie der Kontrolle des Besuchs der Fortbildungen der Unterricht bezüglich Methodik und Greifbarkeit für die Schüler verbessert werden. Wir sind der Meinung, dass eine pädagogische Ausbildung zusammen mit sowohl Unterrichtsmethodik betreffenden als auch fachspezifischen Fortbildungen für Lehrkräfte eine notwendige Voraussetzung für eine qualitativ hochwertige Bildung ist. Wir fordern das Ministerium auf, mehr Ressourcen für die Ausbildung von Lehrkräften bereitzustellen und sicherzustellen, dass alle Lehrkräfte, die an unseren Schulen unterrichten, eine pädagogische Ausbildung haben.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Eine bessere Umsetzung der pädagogischen Ausbildung von fachtheoretischen Lehrkräften an ZLAs. Diese müssen zwar offiziell ein pädagogisches Bachelorstudium absolvieren, bevor sie eine Festanstellung erhalten können. Jedoch gibt es Lehrerinnen und Lehrer die dieses nur verkürzt oder gar nicht absolviert haben.
- § Auch für Quereinsteiger soll es verpflichtend sein, eine pädagogische Ausbildung zu durchlaufen, da die pädagogische Eignungsfeststellung oftmals nicht genug ist
- § Das Ministerium sollte sicherstellen, dass ausreichende Ressourcen für die Ausbildung und Weiterbildung von Lehrkräften bereitgestellt werden, um sicherzustellen, dass sie über die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, um den Schülerinnen und Schüler eine qualitativ hochwertige Bildung zu bieten.

- § Regelmäßige Überprüfungen der Lehrqualifikationen, um sicherzustellen, dass alle Lehrkräfte über die erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen, um den Schülerinnen und Schülern eine qualitativ hochwertige Bildung zu bieten
- § Verpflichtende Fortbildungen für Lehrpersonen zum Thema Unterrichtsmethodik und moderner Technik im Klassenzimmer sowie im Fachbereich der Schule
- § Regelmäßige Kontrollen durch die Direktion und den AV-Beauftragten, der einzelnen Lehrerinnen und Lehrer in Bezug auf eigene Weiterentwicklung der Unterrichtsmethoden, sowie Lehrinhalte

## Einführung eines verpflichtenden Unterrichtsfaches zur Thematik

Gesundheitsbildung und Ernährungslehre sowie die Möglichkeit einer gesunden, regionalen, saisonalen und nachhaltigen Verpflegung für Schülerinnen und Schüler an allen Zentrallehranstalten.

Es ist wissenschaftlich belegt, dass eine ausgewogene gesunde Ernährung Zivilisationskrankheiten vorbeugen und gleichzeitig zu einem längeren sowie gesunden Leben beitragen kann. Gesellschaftlich und politisch gesehen muss es daher im gegenseitigen Interesse sein, nicht nur eine gesunde Gesellschaft zu erhalten, sondern auch weiterzubilden, indem für Schülerinnen und Schüler das nötige gesundheitsfördernde Wissen in Schulen bereitgestellt wird. Daher fordern wir, dass Schülerinnen und Schüler an allen

- Zentrallehranstalten innerhalb eines verpflichtenden Unterrichtsfaches zur Thematik Gesundheitsbildung und Ernährungslehre aufgeklärt und ausgebildet werden. Darüber hinaus sollten Schulen bei dieser Thematik mit gutem Beispiel vorangehen, einen gesunden Lebensstil in der Schule vorleben und den Schülerinnen und Schülern eine dementsprechende Verpflegung zur Verfügung stellen können. Die Bundesschülervertretung fordert daher, dass jedem Schüler und jeder Schülerin die Möglichkeit bekommt, eine gesunde sowie regionale, saisonale, nachhaltige und kostengünstige Verpflegung in der Schulkantine einnehmen zu können. Durch diese schulische Verpflegung soll demnach auch der Mehrwert einer derartigen Ernährung durch die Schulgemeinschaft weitergetragen und darauf aufmerksam gemacht werden.

### ***Deshalb fordert die Bundesschülervertretung:***

---

- § Verpflichtendes Unterrichtsfach zur Thematik Gesundheitsbildung und Ernährungslehre an allen Zentrallehranstalten mit einem Stundenausmaß von mindestens 2 Unterrichtseinheiten.
- § Ermittlung der zusätzlichen durchschnittlichen Kosten, die durch eine gesunde, regionale, saisonale und nachhaltige Verpflegung in Schulkantinen pro Speise auftreten würden.
- § Finanzmittel zur Ermöglichung einer gesunden sowie regionalen, saisonalen und nachhaltigen Verpflegung an Schulkantine.